

N i e d e r s c h r i f t **der 5. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des** **Bildungsausschusses am 11.01.2005**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Großer Saal

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Hendrik Lange	PDS	in Vertretung Herr Schramm
Frau Elisabeth Nagel	PDS	
Herr Erhard Preuk	PDS	in Vertretung Frau Tannenberg
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Frau Sabine Wolff	Neues Forum	
Frau Dr. Gesine Haerting	Bündnis	
90/DIE GRÜNEN		
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR	
HALLE		
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Frau Helga Koehn	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Wolfgang Pannicke	SKE	
Herr René Trömel	SKE	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Andreas Schachtschneider	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Frau Maike Fischer	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2004
4. Informationen zum Haushalt 2005 - Verwaltungshaushalt (laufende Aufwendungen für Schulen)
5. Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2005/06
Vorlage: IV/2004/04506
6. Anträge
7. Anfragen, Anregungen
8. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Frau Dr. Bergner eröffnet die Sitzung, begrüßt Mitglieder, Verwaltung und Gäste
Beschlussfähigkeit: gegeben (vgl. Anwesenheit)

Einladung erfolgte ordnungsgemäß

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Zustimmung: 8 x
Ablehnung: 0 x
Enthaltung: 0 x

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2004

Beschluss:

Zustimmung: 8 x
Ablehnung: 0 x
Enthaltung: 0 x

zu 4 Informationen zum Haushalt 2005 - Verwaltungshaushalt (laufende Aufwendungen für Schulen)

Wortprotokoll:

Frau Quilitzsch gibt eine kurze Einführung in die Prinzipien der HH-Aufstellung und Führung in der kommunalen Verwaltung insbesondere zu den Positionen die durch den Bildungsausschuss zu beraten und zu bestätigen sind.(vgl. Anlage 1- wurde bereits mit der Einladung Februar verschickt)

Herr Hildebrand erläutert die einzelnen Positionen der Einnahmen und Ausgaben des Planentwurfes des Verwaltungshaushaltes für das Jahr 2005 (vgl. Anlage 2– wurde bereits mit der Einladung Februar verschickt).

Frau Dr. Bergner verweist auf die geplante Zeitschiene nach der in der Ausschusssitzung im Monat Februar nochmals über den Haushalt 2005 diskutiert wird und dass der Stadtrat in seiner April-Sitzung über den Haushalt 2005 beschließen soll. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre wird die Einhaltung der Zeitschiene in Frage gestellt.

Frau Dr. Haerting fragt an, wann ein Votum des Bildungsausschusses erforderlich ist und ob es bei evtl. Verschiebungen des Zeitplanes außer der Februarberatung noch einen gesonderten Termin für das Votum geben wird.

Herr Dr. Marquardt bittet darum die Zeitschiene einzuhalten und die heutige Sitzung bereits für Fragestellungen zum Verwaltungshaushalt zu nutzen.

Herr Dr. Schmidt fragt an, wenn heute Fragen gestellt werden, ob dann im Februar Änderungsanträge zu stellen sind?

Frau Dr. Bergner: keine Vorgabe, wenn Anträge zu stellen sind; ggf. auch noch im März möglich, wenn Stadtrat im April entscheidet.

Frau Dr. Haerting möchte wissen, ob es auf Grund des schon weiter zurückliegenden Erstellungstermins des HH-Entwurfes zwischenzeitlich Veränderungen gegeben hat.

Frau Quilitzsch: Im Bereich des Verwaltungshaushaltes nein. Im Vermögenshaushalt (Diskussion im Februar) wird es einen Änderungsantrag der Verwaltung geben.

Frau Dr. Bergner erfragt, warum bei weniger Schulstandorten ein Aufwuchs des Verwaltungsbereiches zu verzeichnen ist?

Frau Dr. Haerting: Was gehört noch zu Personalkosten des Fachbereiches? Wo ist die Position „Umweltschutz macht Schule“ eingegangen?

Herr Hildebrand weist darauf hin, dass unabhängig von der Anzahl der Schüler und der Schulstandorte die Aufgaben der Kernverwaltung gleich geblieben sind. Der zahlenmäßige Aufwuchs resultiert aus dem ab 01.04. wirksam werdenden Wiederanstieg der wöchentlichen Arbeitszeit von 36 auf 38 Stunden.

Zum Personal gehören noch die Schulsekretärinnen und Schreibkräfte.

Die Position „Umweltschutz macht Schule“ ist haushaltsmäßig zum ZGM übergegangen.

Herr Schramm: Korreliert der Rückgang der Finanzen mit der sinkenden Schülerzahl?

Herr Hildebrand: Nein, Reduzierung nur auf Standortreduzierung bezogen.

Frau Nagel erfragt, warum die Einnahmen aus der Sporthallennutzung sinken und **Frau Koehn** möchte wissen, warum die Ausgaben für Unterrichtsmittel steigen.

Herr Hildebrand und Frau Quilitzsch weisen darauf hin, dass durch weniger Turnhallen auch weniger Einnahmen möglich sind. bei den Unterrichtsmitteln kommt der Anstieg durch Neu- und Ersatzbeschaffungen für Hard-/Software zu Stande, da u.a. auch die Grundschule mit PC Technik weiter ausgestattet werden.

Frau Dr. Bergner:

1. 2004 bei Gastschulbeiträgen geringer Ansatz, dann hohe Einnahmen; Ist für 2005 ähnliches zu erwarten?
2. Welche Auswirkungen hat der Halle-Pass?.
3. Wodurch entstehen die teilweise höheren Mieten?
4. Wie verhält es sich mit den Ausgaben für das Schülerwohnheim?

Herr Hildebrand und Frau Quilitzsch

zu 1. Planungsgrundlage sehr fehlerbehaftet. Großteil der Gastschulbeiträge entstehen durch Berufsschüler. Keine Informationen welches Unternehmen, welchen Beruf, wie viel Auszubildende ...Berücksichtigt ist die landesweite Tendenz des Schülerrückganges in allen Landkreisen, die sich auch auf die Gastschulverhältnisse auswirkt.

zu 2. Halle-Pass durch Fachbereich 40 nicht berechenbar.

zu 3. 2005 wurden durch das ZGM Ausstattung und Bauzustand sowie die Verkehrsflächen der Schulobjekte berücksichtigt.

zu 4. Stadt verpflichtet vorzuhaltan für u.a. Cantor-Gymnasium, Auszubildende in Landesfachklassen.

Anteilige Finanzierung durch andere Landkreise sowie Schüler- und Elternanteil; gesetzlich festgelegte Obergrenze der Beteiligung; Differenz als Zuschuss der Stadt Halle (Saale)

Frau Schwabe: Warum steigen bei sinkender Anzahl der Schulobjekte die Reinigungskosten?

Frau Quilitzsch informiert, dass mit den bisher durchgeführten Reinigungszyklen es zu wiederholten Mängeln gekommen ist. Zusätzliche Maßnahmen erforderlich.

Frau Nagel fragt, warum die Sperrmüllkosten auf die Schulen bezogen, unterschiedlich sind und Frau Haerting möchte wissen, ob ein Verkauf von Altmetall etc. erfolgt??

Herr Hildebrand: Sperrmüllentsorgung findet in Verbindung mit Umzügen oder Reko statt. Planung erfolgt konkret objektbezogen. Hausmeister trennen das zu entsorgende Material. Es werden nur Dinge ausgesondert, die nicht mehr benutzbar sind.

Frau Dr. Haerting und Frau Dr. Bergner verweisen auf die stark gestiegenen Bewirtschaftungskosten und die höhere Miete der Berufsbildende Schulen IV.

Frau Quilitzsch: Planansätze orientieren sich an 2004 ohne Einsparungen. Durch das ZGM sind die Jahre 2003 und 2004 noch nicht abgerechnet worden. Es liegen aber Informationen vor, dass ca. 1 Mio € eingespart wurden.

Objektbezogen ist an einzelnen Standorten eine Anstieg zu verzeichnen, insgesamt sind die Bewirtschaftungskosten aber gesunken. Verwaltung wird Miet- und Bewirtschaftungskosten der Berufsbildende Schulen IV nochmals prüfen.

Frau Schwabe fragt, ob Sachverständigenkosten für PPP im HH-Plan berücksichtigt sind und ob schon Zuwendungsbescheide ergangen sind.

Herr Hildebrand informiert, dass dafür keine Mittel der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Kosten über angekündigte Fördermittel des Landes/Bundes decken. Stadt hat einen Teil der Anträge eingereicht. Ein weiterer Teil befindet sich in der Erarbeitung. Zuwendungsbescheide sind noch nicht ergangen.

Frau Koehn: Warum steigen bei sinkenden Schülerzahlen die Ausgaben für die Schülerunfallversicherung?

Herr Hildebrand:

Stadt meldet die Schülerzahlen.

Der Betrag je Schüler wird durch die Versicherung bestimmt. Stadt hat auf die Höhe des Betrages keinen Einfluss.

Herr Kneissl und **Frau Dr. Bergner** verweisen auf die hohen Fernsprechkosten der KGS W. v. Humboldt und fordern eine Stellungnahme der Schule dazu. (Stellungnahme dazu ist bereits mit der Einladung Bildungsausschuss Februar an die Mitglieder verschickt wurden)

zu 5 Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2005/06
Vorlage: IV/2004/04506

Wortprotokoll:

Herr Dr. Marquardt begründet die Notwendigkeit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2005/06 und erläutert den Aufbau der Vorlage.

Herr Hildebrand ergänzt und verweist auf die Kompliziertheit der Schulentwicklungsplanung. Er informiert über Forderungen des Landesverwaltungsamtes zur Einhaltung der rechtlichen Grundlagen sowie über Rügen zur Durchführung bestimmter Maßnahmen (Fusionen statt Auflösungen, unübersichtliche Namensgebung) Als Beispiele benennt er die im Punkt 3 der Beschlussvorlage beantragten Maßnahmen zur Veränderung im Bereich der Sekundarschulen sowie die beantragten Aufnahmebeschränkungen für 2 Grundschulen und ein Gymnasium auf Grund von Kapazitätsproblemen

Frau Wolff nimmt ab 18:15 Uhr an der Beratung des Bildungsausschusses teil.

Frau Dr. Bergner informiert, dass eine Reihe von Anfragen aus Schulen vorliegen, die auf Grund gewisser Unsicherheiten zur Schulentwicklungsplanung noch nicht beantwortet wurden.

Sie verweist auf einen Zeitungsartikel der MZ vom 11.01.2005, der falsche Aussagen zu Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung enthält.

Der Punkt. 3 der Vorlage ist für sie nicht nachvollziehbar. Sie stellt zur Diskussion, ob bei Veränderungen die Elternschaft der betreffenden Schule zu hören ist.

Herr Hildebrand unterstreicht nochmals, dass die Maßnahmen im Punkt 3 auf den Forderungen des Landesverwaltungsamtes zur Einhaltung der Rechtsvorschriften basieren. Bei einem gegensätzlichem Votum kann das Landesverwaltungsamt diese Maßnahmen auch einfordern.

Frau Dr. Haerting fragt an, warum die Vorlage so spät durch die Verwaltung vorgelegt wurde?

Herr Dr. Marquardt antwortet, dass es auf Grund der Finanzsituation der Stadt weitere Grundforderungen der Kommunalaufsicht gegeben hat, die innerhalb der Verwaltung ausgewertet unumgesetzt werden mussten. Im Ergebnis für die Schulentwicklungsplanung bedeutete dies die Aufnahme der Möglichkeit der weiteren Standortreduzierung im Grundschulbereich (vgl. S 46-48 der Vorlage).

Frau Wolff unterstützt die Forderung der Anhörung.

Herr Dr. Schmidt fragt an ob es sich dabei um eine Pflichtanhörung der Verwaltung handeln soll oder der Bildungsausschuss auf Einladung Anhörungen durchführen will.

Herr Hildebrand weist darauf hin, dass die Stellungnahmen der Schulen zu den Maßnahmen aus dem Jahre 2003 vorliegen. Die jetzt aufgenommenen Veränderungen beziehen sich auf die zeitliche Umsetzung, da die Schülerzahlentwicklung an diesen Standorten die Umsetzung nach bisher beschlossenen Zeitplan nicht mehr zulässt.

Bezogen auf die Punkte

- 3.1 Sekundarschule Heide-Nord gibt es für die Stadt keinen rechtlichen Spielraum mehr
- 3.2 Sekundarschule Reideburg wird durch die Stadt die Fortführung als Außenstelle vorgeschlagen. Bezüglich der Eigenständigkeit ist ebenfalls kein Spielraum gegeben.
- 3.3 Sekundarschule A. v. Humboldt ist analog zum Punkt 3.2 zu sehen.

Herr Dr. Schmidt sieht davon ausgehend in einer erneuten Anhörung nur ein Hinhalten der Eltern, da sich an den Grundsätzen die den vorliegenden Stellungnahmen zu Grunde lagen, nichts geändert hat.

Herr Hildebrand weist darauf hin, dass am 13.01.2005 der Stadtelternrat über die Beschlussvorlage informiert wird. Vorab wurde die Vorlage zugesandt und um Stellungnahme gebeten. Gleiches betrifft den Stadtschülerrat.

Frau Dr. Haerting informiert, dass Schulen und Eltern vom Fachbereich 40 schon vorher über die Schließung der Schulen informiert wurden.

Herr Hildebrand widerspricht diesem. Die Planungsabsichten wurden mit der Veröffentlichung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes bekannt gegeben und waren und sind jedem zugänglich. Einen Vorgriff auf die jetzt anstehenden Beschlüsse schließt er aus.

Frau Dr. Bergner beauftragt die Verwaltung die im Punkt 3 betroffenen Schulen über den Beschlussentwurf zu informieren und die Elternschaft der Sekundarschule Heide-Nord um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten.

Frau Wolff: Was geschieht, wenn die Schülerzahlen wieder steigen?

Frau Dr. Bergner verweist darauf, dass hier die Stadt gesamt gesehen werden muss. Die Standorte sind unterschiedlich ausgelastet.

Herr Schachtschneider möchte wissen, warum für die freiwerdende Sprachheilschule in Halle-Neustadt der Abriss nur „eventuell“ vorgesehen ist.

Herr Hildebrand: Durch den Fachbereich 40 werden die Objekte freigeräumt. Gibt es keine eigene Nachnutzung werden sie an das ZGM als Eigentümer zurück gegeben. Sollte sich dort ein Nachnutzer/Investor finden ist eine Nachnutzung durch Dritte nicht auszuschließen und ein Abriss hinfällig.

Herr Schramm verlässt 18:45 Uhr die Beratung.

Frau Dr. Bergner bittet um Meinungen zum Pkt. 2 des Beschlussentwurfes

Herr Dr. Schmidt : Vergibt Bildungsausschuss damit Namen für mehrere Jahre?

Frau Schwabe: Muss neuer Schulname sein?

Herr Hildebrand: Namensgebung muss sein. Mit Fusion werden die betroffenen Schulen aufgelöst und eine neue Schule gebildet, für die ein Name erforderlich ist (bisher Doppelname). Die Namensvergabe ist befristet. Nach Konstituierung der Gesamtkonferenz der neuen Schule kann diese durch Beschluss einen neuen Name beantragen.

Frau Dr. Bergner bittet um Meinungen zum Pkt. 3 des Beschlussentwurfes

Frau Dr. Haerting fragt nach der Einbeziehung der Sportsekundarschule in die Schulentwicklungsplanung.

Herr Hildebrand verweist auf den nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

Zu den Punkten 3.4 bis 3.7 gab es nach Aufforderung durch Frau Dr. Bergner keine Anfragen.

Frau Dr. Bergner bittet um Meinungen zum Pkt. 4 des Beschlussentwurfes

Herr Hildebrand verweist nochmals auf die wirtschaftlichen Aspekte der Standorterhaltung der Grundschulen im Süden. Die Probleme und die Standpunkte der Eltern sind der Stadt bekannt.

Frau Wolff verweist darauf, dass Geld hier unsinnig für Veränderungen hinausgeworfen wird.

Herr Dr. Marquardt widerspricht diesem und verweist auf die Gesamtsituation der Stadt die hier zu berücksichtigen ist. Als Dezernent für Bildung und Kultur ist er dafür zuständig. Sollte es da Anlass für Kritik geben dann bittet er Frau Wolff, ihm dies nachzuweisen

Frau Dr. Bergner und **Frau Dr. Haerting** vermissen im Beschlussvorschlag die Einbeziehung der Grundschule Busch als evtl. Fusionspartner der Grundschule Auenschule.

Herr Hildebrand erinnert, dass der Stadtratsbeschluss zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung die Fusion der Grundschule Busch mit der Grundschule Südstadt beinhaltet. Eine anderweitige Einbeziehung der Grundschule Busch würde die Aufhebung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes in diesem Punkt voraussetzen.

Frau Schwabe: Welchen Einfluss hat die Stadt überhaupt auf bestimmte Entscheidungen wie z.B. Umsetzung im Klassenverband. Ein gutes Schulkonzept ist doch auch an einem anderem Standort machbar.

Herr Hildebrand antwortet, dass die Stadt bestimmte Dinge wünscht, das Landesverwaltungsamt dem nachgeben kann aber nicht muss.

Herr Kneissl ergänzt, dass die Personalhoheit beim Land liegt. Die Klassenbildung/Lehrerzuweisung erfolgt entsprechend der Gesamtschülerzahlen. Neue Klassenbildung damit notwendig. Erfahrungen der letzten Jahre: verantwortungsbewusste Arbeit in den Schulen hat zu keinen Härtefällen geführt.

Herr Trömel fragt nach, was ein zumutbarer Schulweg ist?

Herr Dr. Schmidt möchte wissen, wie lange der Standort Auenschule ohne Investitionen noch betrieben werden kann.

Herr Hildebrand: Für Grundschüler ist ein Schulweg von bis zu 30 Minuten für eine Strecke zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zumutbar. In den Grundschulen liegen Schulwegepläne aus (Grundlage digitalisierte Stadtkarte) die einen gesicherten Schulweg ausweisen. Bezüglich der Schulwege der vorgeschlagenen Fusion erinnerte er, dass der erste Vorschlag der Verwaltung 2003 von einer Fusion der Grundschule Auenschule und der Grundschule Rosengarten ausging. Jetzige Variante erst nach Auswertung der Elternanhörung entstanden. Die Abfrage von Herr Dr. Schmidt wird durch die Verwaltung bis zur nächsten Ausschusssitzung geprüft.

Frau Dr. Haerting sieht die Fusion der 3 Grundschulen grundsätzlich anders als bisherige Fusionen. Hier nur finanzielle Aspekte der Verwaltung. Stadt leistet sich anderen Luxus. Sie ist für den Luxus des Erhaltes der Schulstandorte.

Herr Trömel fragt nochmals zu den Schulwegen, ob den Eltern der neue Beschluss bekannt ist und weist darauf hin dass die Schulwege bei Fusionierung teilweise über 3 Km betragen.

Herr Hildebrand: Beschluss ist den Eltern bekannt. Zu den Schulwegen gibt es die Satzung zur Schülerbeförderung, nach der ein Grundschüler über 2 km Anspruch auf eine Schülerjahreskarte hat.

Herr Dr. Schmidt nimmt nochmals Bezug zur geplanten Fusion und fragt nach Anträgen der Fraktionen, zur Deckung der Sanierung der Auenschule.

Frau Dr. Haerting vertritt die Auffassung, dass wenn in einer Schule alles stimmt, diese auch in einem unsanierten Objekt verbleiben kann.

Frau Dr. Bergner sieht die Auenschule als idealen Standort für PPP findet diesen Standort aber nicht auf der Liste.

Herr Hildebrand antwortet, dass PPP auch durch die Stadt refinanziert werden muss. In diesem Zusammenhang spielt es schon eine Rolle ob der Investitionsbedarf bei 1,5 oder 3,8 Mio € liegt.

Frau Dr. Bergner schlägt vor sich mit dieser Fusion der drei Grundschulen gesondert zu befassen.

Herr Dr. Schmidt fragt, ob dazu die Schulen eingeladen werden sollen.

Frau Dr. Bergner ergänzt, dass auch die Busch-Grundschule mit geladen werden müsste.

Herr Hildebrand verweist nochmals darauf, das bezüglich der Busch-Grundschule erst die Aufhebung des Beschlusses erforderlich ist . Eine Elternanhörung wäre möglich, bringt aber aus der Sicht der Verwaltung keinen neuen Erkenntnisstand, da sich der Beschlussvorschlag nicht geändert hat.

Frau Schwabe gibt zu bedenken, dass alle Fraktionen bei dem Vorort-Termin in der Auenschule anwesend waren. Sie sieht keine neuen Argumente bei einer erneuten Elternanhörung.

Frau Dr. Bergner bittet um Meinungen zum Pkt. 5 des Beschlussentwurfes

Frau Dr. Haerting und **Frau Dr. Bergner** sehen durch die Beschränkung eine negative Auswirkung auf nicht ortsansässige Schüler und fragen an, ob ein Vorrang für Schüler des Schulbezirkes besteht.

Frau Schwabe fragt, ob es Verfahren bei Geschwisterkindern geben wird.

Herr Hildebrand: Die Aufnahmebeschränkungen beruhen auf den räumlichen Kapazitäten sowie auch auf dem Bauzustand der beiden Grundschulen. Sie sichern die uneingeschränkte Möglichkeit der Aufnahme der Kinder des Schulbezirkes. Eine Erweiterung der Kapazitäten ist nicht finanzierbar. Nach Erreichen der Aufnahmegrenze können Eltern anderer Schulbezirke, wenn Sie es wünschen, auch in andere Grundschulen eingewiesen werden.

zu 6 Anträge

Wortprotokoll:

==

zu 7 Anfragen, Anregungen

Wortprotokoll:

Der Bildungsausschuss verständigt sich, am Sa. den 22.01.2004 zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2005/06 eine Klausurtagung durchzuführen.

Ort: Fachbereich Schule, Sport und Bäder, Kaulenberg 4, Raum 316

Zeit: 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

zu 8 Mitteilungen

Wortprotokoll:

==

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Zschocke
Protokollführer

Dr. A. Bergner
Ausschussvorsitzende